

Medienmitteilung

Themen	Die Grünliberalen begrüßen die gemeinsame Spitalgruppe wie auch die gemeinsame Gesundheitsversorgung
Für Rückfragen	David Wüest-Rudin, Grossrat, Tel. 079 448 12 44 Daniel Altermatt, Landrat, Tel. 079 237 17 26
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt und Basel-Landschaft www.bs.grunliberale.ch www.bl@grunliberale.ch
Datum	3. Oktober 2017

Die gemeinsame Spitalplanung von Basel-Land und Basel-Stadt ist seit jeher ein Kernanliegen der Grünliberalen Partei. Die organisatorische Zusammenlegung birgt viel Potential für eine effizientere und kostengünstigere Gesundheitsversorgung in der Region und sichert die Hochschulmedizin. Die Frage ist, ob der politische Wille besteht, das Optimierungspotential effektiv zu realisieren und Synergieeffekte zu nutzen. Die Grünliberalen sind für die Staatsverträge, fordern aber Anpassungen.

Die Zeiten der kleinräumigen Spitalversorgung in politischen Grenzen sind längstens vorbei. Nicht nur der Wettbewerb in der Spitzenmedizin spielt in grösseren Dimensionen. Die Spitalpatienten lassen sich nicht mehr bevormunden, in welchem Kanton sie sich behandeln lassen wollen. Die Patientenströme der vergangenen Jahre zeigen ein deutliches Bild. Die Aufteilung 70% BS zu 30% BL mit Sperrminoritäten ist richtig: Wer mehr Wert einbringt, soll auch mehr Entscheidungsrechte haben. Allerdings bleibt die Spitalgruppe ein partnerschaftliches Unternehmen, die Klauseln des «Minderheitenschutzes» für BL sind daher richtig.

Kostendämpfung nur bei Kapazitätsabbau

Zum Erreichen einer effektiven Kostendämpfung durch die Spitalgruppe ist ein deutlicheres politisches Bekenntnis zu einem Abbau von Kapazitäten erforderlich. Die Vernehmlassung deutet eher auf eine Verschärfung des Verdrängungswettbewerbs hin. Die Spitalgruppe hat mit einem Marktanteil von 70% auch den grössten Anteil am Abbau vorzunehmen. Mit ihrer höheren Baserate produziert sie teurer als Privatspitäler.

Grünliberale begrüßen effiziente Organisation als Aktiengesellschaft

Die glp begrüsst die Rechtsform als AG mit privatwirtschaftlichen Anstellungsbedingungen, fordert jedoch eine eigene PK mit Vollkapitalisierung. In einem arbeitnehmerfreundlichen Klima mit GAV soll sich die Spitalgruppe als Topadresse in der Aus- und Weiterbildung positionieren. Von einer Privatisierung kann bei einem öffentlichen Anteil von 70% keine Rede sein.

Trennung der Rollen als Eigner von Fachverantwortung / keine Verpolitisierung der Standorte

Das Effizienzpotential der organisatorischen Zusammenlegung könnte in einem öffentlich-rechtlichen eigenständigen Träger noch besser genutzt werden. Dies würde auch eine bessere Trennung der Eigner- von den Fachverantwortungen (Planung, Bestellung, Regulation, Aufsicht) unterstützen. Hier fordern wir eine klare Trennung der Rollen. Die kantonalen Parlamente sollen die Eigentümerstrategie genehmigen. Diskussionen über Angebote und Standorte gehören aus der Politik ausgegliedert. Kantonsregierungen dürfen nicht mehr ihre Wiederwahl wegen Standortfragen riskieren. Sollte ein Kanton an einem Standort trotzdem festhalten (z.B. Bruderholz), muss er die zusätzlichen Kosten übernehmen. Ein aus Versorgungssicht unnötiger und defizitärer Standort darf nicht über gemeinwirtschaftliche Leistungen finanziert werden. Der Verwaltungsrat kennt die Patienten- und Spitalbedürfnisse und soll das Angebot abstimmen und koordinieren. Daher ist auf Fachkommissionen im Sinne politischer Gremien zu verzichten.